



Interpellation Nr. 62 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 6. Mai 2005

Polizeieinsatz 1. Mai 2005

Das Zentrum der Stadt Luzern war schon am frühen Morgen mit unzähligen Polizisten besetzt. „Noch nie war das Polizeiaufgebot grösser“, schrieb die Neue LZ am 28. April. Nachdem die Polizei die zwei Demonstrationsgesuche abgelehnt hatte, war das grosse Aufgebot umso erstaunlicher.

Die Verhältnismässigkeit gab sehr zu reden. Nebst dem grossen Aufgebot, das sichtbar und demonstrativ eingesetzt wurde, beklagten Passanten und Passantinnen, ihnen sei der Zugang zur 1.-Mai-Feier verwehrt worden. Der Demozug wurde auf der Seebrücke eingekesselt und damit der Verkehr behindert. Zusätzlich wurden Zuschauer und Zuschauerinnen verhaftet.

Wir bitten den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Polizisten waren im Einsatz, inklusive im Rückbereich?
2. War ein Hubschrauber im Einsatz?
3. Wie hoch sind die Kosten des Einsatzes und dessen Vorbereitung?
4. Wer bezahlt die Aufwendungen?
5. Gab es Rayonverbote? Wenn ja, auf welche gesetzlichen Grundlagen sind diese abgestützt?
6. Wie viele Zuschauer und Zuschauerinnen (Personen, welche nicht an der Demo teilnahmen) wurden angehalten, verhört oder verzeigt?
7. Wie viele Demonstranten und Demonstrantinnen wurden angehalten, verhört oder verzeigt?
8. Welche öffentlichen Räume wurden für Massenverhöre eingerichtet? (Zivilschutzbunker Sonnenberg, Schulhaus Heimbach, andere?)

9. Was gehört zur standardisierten Untersuchung? Werden immer Fingerabdrücke genommen, Personen nackt untersucht, ist es üblich, auch unbeteiligte Zuschauer/Zuschauerinnen auf Grund ihrer Anwesenheit am Demonstrationsort in die Untersuchung einzubeziehen?

10. Wie stellt sich der Stadtrat zum Demoverbot, zum Grossaufgebot, zum Vorgehen auf der Seebrücke und zu den Verhörmassnahmen der Polizei?

Philipp Federer
namens der GB/JG-Fraktion